

TIEß PETERSEN

Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft

In den industrialisierten Gesellschaften der Gegenwart steht die Arbeitswelt vor so tiefgreifenden Veränderungen, daß viele Experten bereits vom Ende der Arbeitsgesellschaft sprechen. Wie die sich daran anschließende Gesellschaftsform heißen wird – Bürger-, Zivil-, Informations- oder Wissensgesellschaft, die Liste ließe sich beliebig verlängern –, ist ungewiß. Nur eines ist sicher: Steigende Arbeitslosenzahlen, eine kontinuierliche Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und die daraus resultierende Gefährdung des Sozialstaates führen zu immensen Problemen, so daß eine Lösung der beschriebenen Probleme innerhalb des Kapitalismus immer unwahrscheinlicher wird. Tatsächlich geht den entwickelten Industrienationen mehr und mehr die Erwerbsarbeit aus, was zur besagten These vom Ende der Arbeitsgesellschaft führt.

Verantwortlich für die Probleme der Gegenwart sind vor allem zwei Ursachen: der rasante technische Fortschritt und ein zunehmender Nachfragemangel. Technischer Fortschritt führt über den Produktivitätsanstieg dazu, daß eine gleichbleibende Menge von Gütern und Dienstleistungen mit immer weniger Arbeitsstunden hergestellt werden kann. Solange die gesamtwirtschaftliche Endnachfrage nicht mit einer höheren Rate als der Produktivitätsfortschritt wächst, nimmt das Volumen der benötigten Arbeitsstunden notwendigerweise ab und die Arbeitslosigkeit zu. Die aus beschäftigungspolitischer Sicht dringend erforderliche Nachfragedynamik ist allerdings in Deutschland – trotz eines relativ bescheidenen Wirtschaftswachstums – seit geraumer Zeit nicht mehr vorhanden. Das Hinterherhinken der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage hinter der Produktivitätsentwicklung ist dabei auf zwei wesentliche Gründe zurückzuführen. Zum einen machen sich mit wachsendem materiellen Wohlstand Sättigungstendenzen bemerkbar, weil die Menschen hinsichtlich der meisten existenzsichernden Güter längst ihren Bedarf gedeckt haben. Sättigung ist dabei in erster Linie ein Phänomen, das in einkommensreichen Gesellschaftsschichten auftaucht, in denen nach der Sicherung des täglichen Lebens eine erhöhte Sparneigung anzutreffen ist. Und bei denen, die noch genügend unbefriedigte Konsumwünsche besitzen, führt die seit langem ablaufende Umverteilung von unten nach oben zu einer Schwächung der Kaufkraft und zum Ausbleiben der erhofften Nachfragesteigerungen. So sorgen anthropologisch bedingte Sättigungserscheinungen auf der einen und die mangelnde Kaufkraft als Resultat einer kapitalfreundlichen Verteilungspolitik auf der anderen Seite dafür, daß wirtschaft-

Thieß Petersen – Jg. 1964; Dr. sc. pol., studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität-Gesamthochschule Paderborn und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, ist zur Zeit Geschäftsführer beim ver.di-Forum Nord e.V. und Landesbildungsreferent für den ver.di-Landesbezirk Nord; Veröffentlichungen zur Weiterbildung und Personalentwicklung sowie zur Volkswirtschaftstheorie und volkswirtschaftlichen Theoriegeschichte, unter anderem: »Anthropologie und Ökonomie. Das Menschenbild von Marx und dessen Bedeutung für seine Kritik an der politischen Ökonomie« (Frankfurt/M. u. a. 1997).

»Erkenntnisse der Anthropologie und der modernen Sozialpsychologie stützen die Auffassung von einer konstanten, genetisch be-

dingten menschlichen Bedürfnisausstattung, deren einzelne Bedürfniskomponenten sich im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung nur unterschiedlichen Bedarfen artikulieren, je nachdem, was der technische Fortschritt an materiellen Gütern bereitstellt. Demnach folgt aus unbegrenzten Bedürfnissen durchaus kein ständig expandierender ›Bedürfnisballon‹, sondern lediglich ein sich immer wieder neu strukturierendes Bedarfspartefeuille ohne Expansionsnotwendigkeit.« Norbert Reuter: Ökonomik der »Langen Frist«, Marburg 2000, S. 378 f.

»In einer Gesellschaft, in der die durchschnittliche Arbeitszeit bei (oder unter) 30 Wochenstunden liegt (das sind ca. 1100 Stunden pro Jahr), müssen diejenigen Dienstleistungen, die den Zeitmangel zum Grund und die Einsparung von Zeit zum Zweck haben, an Wichtigkeit verlieren und zugunsten von Tätigkeiten weichen, deren Ziel es ist, Zeit zu verausgaben und sich am Tun und am Geben mehr als am Konsum und Erhalten zu freuen. Eine Politik der AZV (Arbeitszeitverkürzung – die Red.) muß ausdrücklich auf *größere Selbsttätigkeit* anlegt sein; sie darf folglich die freigesetzte Zeit nicht der Kolonisierung durch Freizeitindustrie und Warenkonsum überlassen.« André Gorz: Und jetzt wohin?, o. O. 1991, S. 165 (Hervorhebung im Original).

liches Wachstum alleine nicht mehr in der Lage ist, die Probleme des Arbeitsmarktes zu beheben – wobei noch nicht einmal geklärt ist, ob wirtschaftliches Wachstum angesichts der ökologischen Folgeprobleme als wünschenswert angesehen werden kann (vgl. Zinn 1997; Reuter 2002).

Die Notwendigkeit einer neuen Gesellschaftsform

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Zusammenhänge wird unmittelbar einsichtig, daß die traditionellen Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in entwickelten Industrienationen versagen müssen. Selbst eine tiefgreifende Umverteilung von Einkommen und Vermögen zur Stärkung der Massenkaufkraft würde nicht verhindern, daß es früher oder später im Zuge des wachsenden Wohlstandes zu Sättigungen kommt, die einen gesamtgesellschaftlichen Nachfragemangel nach sich ziehen. Helfen kann nur eine massive Verkürzung der Arbeitszeit. So konnte sich André Gorz schon vor vielen Jahren eine »allmählich bis auf 1000 Stunden pro Jahr fortschreitende Arbeitszeitverkürzung« (Gorz 1994: 328) vorstellen. Da eine solche Entwicklung unter kapitalistischen Produktionsbedingungen nicht mit vollem Lohnausgleich realisierbar ist, eine entsprechende Reduktion der Kaufkraft allerdings auch nicht akzeptabel sein kann, sind staatliche Unterstützungszahlungen unumgänglich. Wie diese Zahlungen heißen – Bürgergeld, negative Einkommenssteuer, garantiertes Mindesteinkommen oder Sozialtransfers –, ist nebensächlich. Entscheidend ist, daß eine massive Umverteilung der Erwerbsarbeit notwendigerweise mit einer ebenso massiven Veränderung der Mechanismen, die den gesellschaftlichen Reichtum verteilen, verbunden werden muß. Während das Einkommen gegenwärtig noch an die geleistete Arbeitsmenge gekoppelt ist, wird es bei der dargestellten Reduktion der Arbeitszeit zu einer Abkoppelung der Einkommensverteilung vom individuellen Arbeitsquantum kommen. Dies stellt unbestritten einen Bruch mit der uns bekannten Arbeitsgesellschaft dar und bedeutet den Übergang zu einer neuen Gesellschaftsform.

Noch entscheidender ist aber ein anderer Bruch, denn erst er erlaubt es, die postkapitalistische Gesellschaftskonzeption nicht Bürger-, Zivil-, Informations-, Wissens- oder Dienstleistungsgesellschaft zu nennen, sondern sie mit dem Begriff der ›Tätigkeitsgesellschaft‹ zu belegen. Bei der von Gorz anvisierten Verkürzung der Arbeitszeit käme es zu einer 25-Stunden-Woche, was unmittelbar zu der Frage führt, wie mit der gewonnenen Freizeit umzugehen ist. Gorz stellt in diesem Zusammenhang die These auf, daß die frei verfügbare Zeit der Menschen einen neuen Charakter annimmt: »Die Zeit der Nicht-Arbeit ist dann nicht mehr notwendigerweise bloße Zeit zum Ausruhen, für Erholung, Zerstreung und Konsum; sie dient nicht mehr zur Kompensation der Mühen, Zwänge und Frustrationen der Arbeitszeit.« Statt dessen »kann die verfügbare Zeit von Tätigkeiten ausgefüllt werden, die man ohne ökonomische Zwecksetzung unternimmt und die das Leben des einzelnen sowie der Gemeinschaft bereichern« (Gorz 1994: 328). Damit gelangt Gorz zum Kern dessen, was das Hauptmerkmal der zukünftigen Gesellschaftsform ausmacht und es rechtfertigt, sie als Tätigkeitsgesellschaft zu bezeichnen.

Der Begriff der schöpferischen Tätigkeit

Schöpferische Tätigkeit stellt dem von Gorz vertretenen Verständnis folgend eine selbstbestimmte Aktivität dar, bei der der Mensch seine individuellen Fähigkeiten und Neigungen ausleben kann. Eine solche Handlung dient der Selbstentfaltung der Persönlichkeit, das heißt, der Entwicklung jener Fertigkeiten, die der handelnde Mensch in sich vermutet und schätzt, und stellt dadurch den Gegensatz zur fremdbestimmten Erwerbsarbeit dar. Daß die Tätigkeit im hier vorgestellten Sinne ein entscheidendes Merkmal des menschlichen Daseins ist, wurde von Karl Marx hervorgehoben. Seiner Ansicht nach unterscheidet erst die schöpferische Tätigkeit den Menschen vom Tier. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die Überzeugung, daß nicht ein an Maximalproduktion und passivem Konsum orientiertes Dasein zu einem glücklichen und erfüllten Leben führen. Menschliches Glück wird statt dessen erreicht, indem die Menschen in befriedigenden gesellschaftlichen Beziehungen leben, Aktivitäten, die einen Selbstzweck darstellen, ausüben und in sinnstiftenden, fähigkeitsentwickelnden Formen der materiellen Produktion tätig sind. Die Tätigkeitsgesellschaft ist dementsprechend eine Gesellschaft, in welcher der überwiegende Teil der Lebenszeit nicht mehr für die fremdbestimmte Erwerbsarbeit verwendet werden muß, sondern für selbstbestimmte, schöpferische Tätigkeiten. Es ist eine Gesellschaftskonzeption, deren Devise schon vor mehr als 20 Jahren von dem französischen Gewerkschaftssekretär Michel Rolant umschrieben wurde. »Weniger arbeiten, damit alle arbeiten – und besser leben« (zitiert nach Gorz 1988: 151).

Trotz dieser optimistischen Sicht darf nicht übersehen werden, daß das Leben der Tätigkeitsgesellschaft keinesfalls nur aus frei gewählten Handlungen besteht. Unabhängig vom konkreten Ausmaß des technischen Fortschritts wird es immer einen Rest von fremdbestimmten Tätigkeiten geben, die der Produktion der zum Leben notwendigen Güter dienen. Nach Marx' berühmten Worten beginnt »das Reich der Freiheit ... in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muß es der Zivilisierte, und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. ... Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, ... Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann« (MEW, Bd. 25: 828). Auch Gorz erkennt diese Notwendigkeit an, indem er neben den schöpferischen beziehungsweise autonomen Tätigkeiten auf das Fortbestehen der bezahlten ökonomischen Zweckarbeit hinweist und zudem die Haus- beziehungsweise Eigenarbeit nennt, die ebenfalls die zum täglichen Leben notwendigen Dinge sicherstellt. Eine ähnliche Dreiteilung wird

»Was wirklich fehlt, ist Arbeiten, das frei ist von den Zwängen des Arbeitens, um Lohn für Konsum zu erhalten. Was wirklich fehlt, ist Arbeiten, das ermöglicht, selbstbestimmt, lebensfreundlich und naturgemäß zu arbeiten. Was wirklich fehlt, ist die Gestaltung des Arbeitens frei von einer individuell-vertraglichen Symmetrie-fiktion, so daß die qualitative Ungleichheit der Arbeitenden schöpferisch werden kann und die Ungleichheit im Verhältnis zwischen den Arbeitenden einerseits sowie den Arbeitenden und der natürlichen Mitwelt andererseits zur Grundlage gemacht wird. Was wirklich fehlt, ist vorsorgendes Arbeiten.«
 Adelheid Biesecker, Uta von Winterfeld: *Vergessene Arbeitswirklichkeiten*, in: Beck, U. (Hrsg.), *Die Zukunft der Arbeit und Demokratie*, Frankfurt/M. 2000, S. 283.

von Heinz Dedering präsentiert, der von der »lernenden Arbeitsgesellschaft« mit den Sektoren Eigenarbeit, Erwerbsarbeit und Gesellschaftsarbeit spricht (vgl. Dedering 1999). Wie auch immer die Begriffswahl zur Beschreibung der zukünftigen Gesellschaft ausfällt – es dürfte unbestritten sein, daß die durch technischen Fortschritt und Sättigungstendenzen hervorgerufene Reduktion der traditionellen Erwerbsarbeit ihren Niederschlag in einer umfassenden Veränderung der Strukturen der Arbeitswelt finden muß.

Voraussetzungen für die Tätigkeitsgesellschaft

»Fünfundzwanzig Jahre lang sind die westlichen Gewerkschaften rückwärtsgewandt in die Zukunft eingetreten, zugleich unfähig, sich gemäß den überkommenen Normen zu reproduzieren und die noch nie dagewesenen Freiheitsmöglichkeiten zu nutzen, die sich aus den Arbeitszeiteinsparungen ergeben. Während dieser zwei Jahrzehnte haben sich die aus dem Fordismus hervorgegangenen Gesellschaften aufgelöst, ohne daß sich eine andere Gesellschaftsform abgezeichnet hätte. Sie haben sich zugunsten einer Gesellschaftslosigkeit aufgelöst, in der eine winzige herrschende Schicht fast den gesamten verfügbaren Reichtumszuwachs beschlagnahmt und mangels politischer Konzepte und Anhaltspunkte die Auflösung aller Bindungen und den Haß gegen alles, einschließlich des Lebens und sich selbst, hervorruft.«
André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt/M. 2000, S. 161.

Die Strukturen einer funktionsfähigen Gesellschaft lassen sich nicht am Reißbrett entwickeln. Vom heutigen Wissensstand ausgehend, sind lediglich einige Tendenzaussagen möglich, die ein grobes Bild der zukünftigen gesellschaftlichen Strukturen erahnen lassen. Wichtigste Voraussetzung für die Realisierung der Tätigkeitsgesellschaft ist ein hohes technisches Niveau des gesellschaftlichen Produktionsapparates. Erst die hohe Produktivität schafft die materiellen Voraussetzungen für eine drastische Reduktion der Arbeitszeit. Die enormen Produktivitätsfortschritte der Vergangenheit lassen den Schluß zu, daß der Kapitalismus diese Aufgabe in den am höchsten entwickelten Industrienationen bereits erfüllt hat oder aber zumindest in naher Zukunft erfüllen kann. Neben der dann notwendigen Arbeitszeitverkürzung für alle Gesellschaftsmitglieder muß der ange-deutete Umbruch bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums stattfinden, was zugleich eine grundlegende Veränderung des Systems der sozialen Sicherheit bedeutet. Die Integration der Frauen in alle Tätigkeits- und Arbeitsbereiche erfordert gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die es Frauen erlauben, sich gleichberechtigt an der Erwerbs- oder Zweckerarbeit, der Gesellschafts- oder Bürgerarbeit, der Eigenarbeit und der autonomen Tätigkeit zu beteiligen. Dies verlangt nicht nur die schon angesprochene gleichmäßigere Verteilung der Erwerbsarbeit unter alle Gesellschaftsmitglieder – also eine erhebliche Reduktion der Erwerbsarbeitszeit von Männern –, sondern zudem eine Infrastruktur, die es den Frauen ermöglicht, ihr Familienleben mit dem Arbeits- und Tätigkeitsleben zu vereinen. Verbesserte Kinderbetreuungseinrichtungen wie Ganztagskindergärten und Ganztagschulen sind dafür wichtige Voraussetzungen.

Zusätzlich ist daran zu denken, daß sowohl die Eigenarbeit als auch die schöpferische Tätigkeit auf das Vorhandensein bestimmter materieller Gegenstände angewiesen ist. Möbel, Kleidung und Lebensmittel können nur dann in Eigenarbeit hergestellt werden, wenn die dafür notwendigen Werkzeuge zur Verfügung stehen. Und sollte sich die selbstbestimmte Tätigkeit eines Menschen beispielsweise in der Betätigung als Tischler äußern, so erfordert dies den freien Zugang zu entsprechenden Werkzeugen und Materialien. André Gorz schlägt in diesem Zusammenhang vor, daß »freie Werkstätten« eingerichtet werden, »in denen die Leute in ihrer Freizeit nach ihren Wünschen etwas herstellen können mit allen möglichen Geräten« (Gorz 1988: 159). Solche Werkstätten stellen eine neue Form des vergesellschafteten Produktivvermögens dar.

Neben den angesprochenen sozio-ökonomischen Veränderungen darf die kulturelle Ebene nicht vernachlässigt werden. So ist zu be-

achten, daß die selbstbestimmte und schöpferische Aktivität vielseitig begabte und aktive Menschen verlangt. Von einem Erwerbstätigen, dessen Handlungen in der Arbeitswelt fremdbestimmte, monotone und nur wenige Fertigkeiten verlangende Arbeiten sind, kann kaum erwartet werden, daß er in seiner freien Zeit plötzlich zu einem aktiven, verantwortungsbewußten und schöpferisch tätigen Wesen mutiert. Für diesen Personenkreis ist es deshalb erst einmal notwendig, die Befähigung zur schöpferischen Tätigkeit zu schaffen. Und bei Erwerbstätigen, die bereits über ein erhebliches Maß an selbstbestimmten Tätigkeiten verfügen, müßte diese Befähigung ausgeweitet werden. Beides kann vor allem durch die Umgestaltung der Arbeitswelt und des Bildungswesens erfolgen. In der Arbeitswelt müßten Arbeitsstrukturen entstehen, die die Übernahme von Verantwortung, die Entscheidungsfähigkeit und die Kreativität zulassen, also die Autonomie des tätig werdenden Menschen erlauben. Nur wenn Menschen die Fähigkeiten, die sie zur Ausübung selbstbestimmter Aktivitäten benötigen, im Rahmen ihrer Erwerbsarbeit erwerben und anwenden können, sind sie auch in der Lage, diese Fertigkeiten in ihrer freien Zeit zu nutzen (vgl. Petersen 1998). Darüber hinaus müßten diese Fähigkeiten schon im Kindes- und Jugendalter gefördert werden. Erforderlich dafür ist ein Bildungssystem, das sich nicht nur an betrieblich verwertbaren Fertigkeiten und Kenntnissen orientiert, sondern statt dessen auf eine Bildung im Sinne des ›Sich-Bildens‹, des ›Sich-Entwickelns‹ abzielt und an der Entfaltung der individuellen Persönlichkeit interessiert ist.

Was ist zu tun?

Selbst wenn die in groben Zügen umschriebene Vision der Tätigkeitsgesellschaft noch in ferner Zukunft liegt, darf dies die gegenwärtig Lebenden nicht zur Passivität verleiten. Vielmehr müssen schon heute entscheidende Vorarbeiten geleistet werden, um den anvisierten Übergang später realisieren zu können. Die Erfahrungen der Gegenwart machen deutlich, daß die technisch bedingten Möglichkeiten zur Reduktion der Erwerbsarbeit und zur Erweiterung der freien Zeit in einer kapitalistischen Gesellschaft für einzelne Individuen sehr unterschiedlich ausfallen. Auf der einen Seite entsteht eine immer größer werdende Masse von Arbeitslosen, die notgedrungen über ein Maximum an freier Zeit verfügen. Auf der anderen Seite besitzen die Erwerbstätigen, deren Arbeitszeit nur unwesentlich verkürzt oder durch Überstunden sogar verlängert wird, nur ein geringes Volumen freier Zeit. Es ist eines von vielen irrationalen Elementen des Kapitalismus, daß er einen Teil der Gesellschaft zu Überstunden, Überarbeitung und Streß zwingt, während er dem anderen Teil den Zugang zur Erwerbsarbeit und damit auch zum gesellschaftlich erbrachten Reichtum verwehrt. Da also die den privaten Unternehmen überlassene Anwendung technischer Neuerungen zu einer sehr ungleichen Verteilung der gesellschaftlich zur Verfügung stehenden freien Zeit führt, wird es erforderlich, durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung eine gerechtere Verteilung der freien Zeit herbeizuführen. Weil die Reduktion der individuellen Arbeitszeit mit Einkommenseinbußen verbunden ist, kann es dazu kommen, daß die Sicherung des Lebensniveaus vieler Erwerbstätiger beeinträchtigt

»Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt. Die Verdammung eines Teils der Arbeiterklasse zu erzwungenem Müßiggang durch Überarbeit des anderen Teils und umgekehrt, wird Bereicherungsmittel des einzelnen Kapitalisten und beschleunigt zugleich die Produktion der industriellen Reservearmee auf einem dem Fortschritt der gesellschaftlichen Akkumulation entsprechenden Maßstab.«

Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 665 f.

wird. An diesen Personenkreis müssen Transferleistungen zum Ausgleich der Lohnneinbußen gezahlt werden, was den Einstieg in Einkommenszahlungen bedeutet, die von der individuellen Erwerbstätigkeit abgekoppelt sind.

Gleichzeitig kann bereits heute damit begonnen werden, den freien Zugang zu Werkzeugen und Maschinen zu erleichtern, indem entsprechende Werkstätten eingerichtet werden. In ihnen könnten die Menschen – unter Anleitung und Hilfe von Experten – produktiv tätig werden. Auch ein stärkeres Engagement zur Verbesserung der Kinderbetreuungseinrichtungen ist bereits jetzt dringend geboten. Gleiches gilt für den Ausbau des Systems der beruflichen, allgemeinen, kulturellen und politischen Aus- und Weiterbildung. Diese und andere Aufgaben leiden zur Zeit darunter, daß sie mangels zahlungskräftiger Nachfrage keine privatwirtschaftlichen Gewinne abwerfen und deshalb von der privaten Wirtschaft nicht angeboten werden. Deshalb ist der Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors wichtig. Dieser neu zu schaffende Sektor, der ausdrücklich nicht als Konkurrenz zum öffentlichen Dienst zu verstehen ist, kümmert sich um gemeinwohlorientierte Aufgaben, für die es zwar keine zahlungskräftige Nachfrage am Markt gibt, die aber dennoch Bestandteil des gesellschaftlichen Bedarfs sind. Zu seinen Aufgabebereichen zählen beispielsweise Betreuungs- und Beratungstätigkeiten im schulischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Sektor, also unter anderem Nachhilfeunterricht, Sportbetreuung und Qualifizierungsprojekte (vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 1998: 160-166). Schließlich ist daran zu denken, durch den Ausbau der Mitbestimmungsrechte in den Betrieben und Dienststellen Bedingungen zu schaffen, die ein größeres Maß an selbstbestimmten Tätigkeiten zulassen und somit den Einstieg in die schöpferische Tätigkeit am Arbeitsplatz markieren.

Alle exemplarisch genannten Aspekte stellen Aufgabenfelder dar, die es so schnell wie möglich – und nicht erst in ferner Zukunft – zu besetzen gilt. Während die exakte Ausgestaltung der Tätigkeitsgesellschaft noch als entfernte Zukunftsaufgabe angesehen werden kann, sind die Maßnahmen zur Vorbereitung der neuen Gesellschaftsform als Gegenwartsaufgaben zu verstehen. Ein sich selbst überlassener Kapitalismus wird diese Aufgaben keinesfalls lösen. Fähig dazu ist nur ein intervenierender, aktiver Staat. Und ohne die baldige Lösung dieser Aufgaben ist zu befürchten, daß der stattfindende Wandel unserer Arbeitswelt zu gesellschaftlich inakzeptablen Resultaten führt.

Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (1998): Memorandum '98: Bewegung in Europa, Blockade in Deutschland – Kurswechsel für Beschäftigung, Köln.
- Dederling, Heinz (1999): Wie man Lernen und Alltagspraxis verbindet, in: Die Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte, 46. Jg., S. 589-592.
- Gorz, André (1994): Kritik der ökonomischen Vernunft, Hamburg.
- Gorz, André (1988): Abschied vom Proletariat, Frankfurt/M.
- Marx, Karl: Das Kapital, Dritter Band, in: MEW, Bd. 25.
- Petersen, Thieß (1998): Subjektive Voraussetzungen für die Transformation der kapitalistischen Gesellschaft, in: Hintergrund, 11(1998)3, S. 15-25.
- Reuter, Norbert (2002): Die Wachstumsoption im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie, in: UTOPIE kreativ, Heft 136, S. 131-144.
- Zinn, Karl Georg (1997): Jenseits der Markt-Mythen, Hamburg.